

Landrat Joseph Niederberger
Wilmatt 8
6370 Oberdorf

Landratsbüro
Regierungsgebäude
Dorfplatz 2
6371 Stans

Oberdorf, 31. März 2016

Interpellation: Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative im Kanton Nidwalden

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Die Umsetzung der vom Volk angenommenen Masseneinwanderungsinitiative (MEI) stellt für den Bundesrat eine grosse Herausforderung dar. Noch immer ist nicht ganz klar, in welcher Form die Initiative umgesetzt werden kann.

Ein Vorschlag des Bundesrates sieht vor, eine einseitige Schutzklausel einzuführen. Bei dieser müsste das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU konsequenterweise seitens der Schweiz gekündigt werden.

Ein anderer Vorschlag kommt vom Kanton Tessin: Beim «Tessiner-Modell» orientiert man sich – anders als bei der Variante des Bundesrates – stark am regionalen Arbeitsmarkt.

Beide Vorschläge sind umstritten. Ein Mittel zur Quadratur des Kreises ist offensichtlich noch nicht gefunden worden.

Derweil schreitet die positive wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Nidwalden zügig voran. Das Rekrutieren von qualifiziertem Personal ist eine der grössten Herausforderungen der Unternehmer, zumal verschiedene Wirtschaftszweige seit Jahren den Umstand beklagen, dass nicht genügend schweizerische Arbeitskräfte rekrutiert werden können.

In Zukunft können wir in Nidwalden mit einem zusätzlichen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften rechnen: Mit der Fertigstellung des Bürgenstock-Resorts im kommenden Jahr werden hunderte von Arbeitsplätzen im Hotellerie-, Gastronomie- und im Gesundheitsbereich geschaffen.

Die gute Auftragslage der Pilatus Flugzeugwerke AG wird zusätzliches Fachpersonal erfordern. Dieser Bedarf wird kaum ausschliesslich mit inländischen Arbeitskräften abgedeckt werden können.

Es ist mit gutem Grund anzunehmen, dass die demographische Entwicklung unsere Alterszentren und das Spitalwesen vor grösste personelle Herausforderungen stellen wird. Gegenwärtig ist rund ein Drittel des Pflege- und Betreuungspersonals älter als fünfzig Jahre. Die Rekrutierung insbesondere von Pflegefachpersonal ist für die meisten Alters- und Pflegeheime schon heute schwierig. Man ist hier auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt wird sich weiter verschärfen.

Der Regierungsrat ist gefordert: Einerseits ist die Zuwanderung gemäss der Abstimmung vom 9. Februar 2014 zu begrenzen. Andererseits soll die Wirtschaft ihr Fachpersonal rekrutieren können und es soll kein volkswirtschaftlicher Schaden für unseren Kanton entstehen.

Aus diesen Überlegungen reiche ich, gestützt auf Art. 52 und Art. 53 Abs. 4 Landratsgesetz, folgende Interpellation ein:

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen wie sich die Situation in Nidwalden präsentiert: Mit welchen Szenarien wird gerechnet und welche Massnahmen betreffend die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen. Folgende Fragen sollen beantwortet werden:

Trifft die Regierung Abklärungen, wie gross der effektive Bedarf an ausländischen Arbeitskräften für die Hotellerie, Gastronomie, Flugzeugbranche, Landwirtschaft, Baubranche, Gesundheitsbranche etc. im Kanton Nidwalden in Zukunft ist? An welchen Parametern orientiert man sich?

Wie beurteilt der Regierungsrat die Vorschläge des Bundesrats und der Tessiner Regierung? Welche Auswirkungen hätten diese auf unseren Kanton?

Wie soll sichergestellt sein, dass in den vitalen Branchen auch in Zukunft genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden?

Wie soll der Inländervorrang in Nidwalden umgesetzt werden?

Die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen und Institutionen gehört zu einer der wichtigsten Aufgaben der Politik. Für die Beantwortung der Interpellation danke ich bestens.

Freundliche Grüsse

Landrat Joseph Niederberger